

ALLERHAND

aus Stadt
und Land

Hohe Schulden

Viele Gemeinden sitzen auf einem riesigen Schuldenberg. Die Ursachen sind verschieden. In Hartberg hat man Geld riskant veranlagt und verzockt, in Fohnsdorf eine teure Therme gebaut. In Voitsberg steht ein Minus von 40 Millionen am Konto, in Trieben hat die jahrelange SPÖ-Alleinherrschaft 30 Millionen Euro Schulden hinterlassen. Die Gemeinde wird nun von einem Kommissär verwaltet.



Hat jahrelang gewarnt: KPÖ-Gemeinderätin Elfriede Wieser, Fohnsdorf

Fohnsdorf sitzt derzeit auf 60 Millionen Euro Schulden. Ein Problem, vor dem die KPÖ schon im Dezember 2005 gewarnt hat. KPÖ-Gemeinderätin Elfriede Wieser stimmte dem Gemeindebudget nicht zu, weil „die Finanzlage langsam dramatisch wird“. Leider haben sich ihre Befürchtungen bewahrheitet.

Aus für Novopan

Die Schließung der Novopan-Werkes in Leoben ist ein weiterer Schlag für die Region in der Krise. Das Werk befindet sich im Besitz einer Stiftung der Familie Mayr-Melnhof.

„Es ist nicht einzusehen, dass Mayr-Melnhof beim ersten Gegenwind den Standort dicht-



KPÖ-Stadtrat Werner Murgg, Leoben.

macht, nachdem man in nur zwei Jahren 40 Millionen Euro aus seinen Betrieben gezogen hat. Daran sieht man, wie wichtig es ist, dass die öffentliche Hand unmittelbaren Einfluss auf

Großbetrieben bekommt. Private dürfen nicht alleine über Wohl und Wehe der Beschäftigten entscheiden können“, meint der KPÖ-Landtagsabgeordnete und Leobener Stadtrat Werner Murgg.

Kündigungen bei RHI

Der Feuerfest-Konzern RHI will Jobs streichen. Das trifft Veitsch und Trieben besonders. Die Frage ist, ob die Krise einfach ausgenutzt wird, um Leute loszuwerden und noch dann noch mehr Gewinne machen zu können. Der Appell der KPÖ in Richtung Landeshauptmann Franz Voves: Schöne Worte in einem Wirtschaftsprogramm genügen nicht. Jetzt sind Taten für die Beschäftigten in der Obersteiermark gefragt!

Angesichts der Entwicklung müsse man auch den Gedanken einer Verstaatlichung dieses Schlüsselbetriebes der Grundstoffindustrie andenken – etwa in Form einer Landesholding.

Kosten explodieren

Knapp 50.000 Euro kostet derzeit eine einzige Eurofighter-Flugstunde, bis 2013 sollen es mehr als 66.000 Euro sein. Gut 60 Millionen Euro pro Jahr machen dann die Betriebskosten aus. „Die enormen Kosten hängen mit den stillschweigenden Vorbereitungen auf die Teilnahme Österreichs an einer EU-Armee zusammen. Der Vertrag von Lissabon verpflichtet Österreich zur schrittweisen Verbesserung seiner militärischen Fähigkeiten“, kritisiert die KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher.



KPÖ-LABg. Renate Pacher

BAD AUSSEE UND MÜRZZUSCHLAG
Gesundheits

Eine Landtagsenquete zum Thema „Chirurgiereform“ brachte kaum Klärung der Standpunkte. KPÖ und ÖVP stehen nach wie vor hinter den Bürgerinitiativen, die für den Erhalt der Chirurgie kämpfen. Grüne und SPÖ wollen die „Reform“ durchziehen. Das heißt: Schließung der Chirurgie in Bad Aussee und deren Rückführung in Mürzzuschlag auf eine Ambulanz.

Noch in den Jahren 2004 und 2005 hat die Landesregierung den Erhalt der chirurgischen Abteilungen an den beiden Krankenhäusern beschlossen. Spitalslandesrat Helmut Hirt (SPÖ) argumentiert mit sinkenden Fallzahlen in den betroffenen Spitälern. Er behauptet, dadurch sei die Qualität der Behandlung nicht mehr im notwendigen Maß sicherzustellen. Hirt und die KAGES-Manager, darin sind sie sich mit den Grünen einig, beschönigen ihre Zusperrpläne. Gesundheitszentren sollen eine Grundversorgung bieten, tiefer gehenden Eingriffe sollen nur mehr in Leitspitälern – für Aussee in Rottenmann, für Mürzzuschlag in Bruck – durchgeführt werden.

Bürgerinitiativen

Herbert Angerer vom Forum Pro LKH Bad Aussee und Helmuth Amsüss vom Forum Mürzzuschlag bestehen auf der Einhaltung der früheren Versprechen der Landesregierung. Angerer: „Ein Auflösen der Chirurgie wäre ein hohes Risiko für die Bevölkerung.“ Gerade im Winter sei Bad Aussee

durch seine Randlage oft von der Außenwelt abgeschnitten. Helmuth Amsüss warf der KAGES vor, die Versprechen von 2004 nie eingehalten zu haben. Statt zur Kooperation mit Bruck kam es zu einer Ausdünnung von Mürzzuschlag.

Gert Muhr, Dekan der Medizinischen Fakultät aus Bochum, zerpfückte das Fallzahl-Argument. Demnach dürften in Graz keine Herztransplantationen mehr vorgenommen werden, da Wien 11-mal mehr derartige Fälle pro Jahr durchführe.

Es geht ums Geld

Gesundheitsplanerin Michaela Moritz sprach kleinen Einheiten die Wirtschaftlichkeit ab. Nach den Expertinnen und Experten und den Vertretern der Bürgerinitiativen kamen auch die Politikerinnen und Politiker zu Wort.

Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Wir wurden in unserer Haltung bestärkt, dass Bad Aussee und Mürzzuschlag eine vollwertige Chirurgie brauchen.“ Kaltenegger machte einen drastischen Vergleich: während die gesamten Gesundheitsausgaben Österreichs im Jahr 2007 20,9 Milliarden Euro betragen, wurden den Banken in einer Blitzaktion 100 Milliarden zur Verfügung gestellt.

Werner Murgg (KPÖ) erinnerte daran, dass die Spitäler der steirischen Bevölkerung gehören. Ausschließlich deren Wünsche und nicht die des Landesrates, der KAGES-Vorstände oder von Gesundheitsökonomen seien maßgebend. Murgg: „Sie verstecken sich hinter Fallzahlen. Sagen sie, das es ums Geld geht!“